Sicherheit auf Waldwegen


Die Bauernzeitung sprach mit Rechtsanwalt Stephan J. Bultmann, Berlin, über die Bedeutung dieser Entscheidung und die Folgen für die Verwahrung der Verkehrsicherungspflichten durch Waldbesitzer und Revierförster.

Weshalb ist das BVG-Urteil vom 2. Oktober 2012 für die Land- und Forstwirtschaft so wichtig?


Zum anderen hat das Gericht deutlich gemacht, dass es bei der Wahrnehmung von Verkehrsicherungspflichten in Bezug auf Waldwege nicht auf das Kriterium der Frequentierung ankommt. Darüber hinaus hat der BVG in Bezug auf Waldtypische und atypische Gefahren Abgrenzungen und begriffliche Klarstellungen vorgenommen, die in der Praxis zu mehr Handlungssicherheit führen.

Welcher Sachverhalt liegt der Entscheidung zugrunde und was bedeutet das für die Einzelnen für Waldbesitzer und Förster?

Den Ausgangspunkt der Entscheidung war die Klägerin im Sommer 2006 mit ihrem Hund in einem Wald spazieren ging, der als Naherholungsgebiet genutzt wird. Sie befand sich auf dem 3.5 m breiten Forstwirtschaftsweg, fünf bis sechs Meter entfernt stand eine Eiche. Als sich die Klägerin auf Höhe dieses Baumes befand, brach ein ca. 17 m langer Ast ab und verletzte sie an einem Hinterkopf. Sie erlitt eine schwere Hirnschädigung und ist nach Operationen pflegedürftig. Zur Unglückszzeit war es sehr warm und es wehte ein leiser Wind.


Der BVG hat in dem Urteil deutlich gemacht, dass sich im vorliegenden Fall eine Waldtypische Gefahr realisiert habe, für die der Waldwärter der Landwirtschaftlichen Sachverständigen noch die zuständigen Verkehrsförster haften. Denn die Klägerin habe den Wald „auf eigene Gefahr“ betreten.

Die Warnung ist die, wenn der Waldwärter den freien Betretungsrecht des Waldbescheidens dulden muss, dann sei er von Waldtypischen Gefahren nach § 14 des Bundeswaldesgesetz in Verbindung mit den landeswaldrechtlichen Vorschriften befreit.

Das Urteil des Bundesgerichtshofs zur Verkehrsicherungspflicht des Waldbesitzers äußert sich auch zur Verkündung mit dem Naturschutzrecht

Gilt ein anderer Beurteilungsmaßstab hinsichtlich der Verkehrsgefährdung?

In einigen instanzenurherrlichen Urteilen und in der Fachliteratur war angenommen worden, dass der Waldbesitzer Verkehrsicherungspflichten tref- fen würde, wenn Waldwege durch Waldbesucher stärker frequentiert würden, die von derartigen Ausnahmen Waldwander oder Radwege im Wald.


Welche Konkretisierungen lassen sich dem Urteil in Bezug auf Waldtypische und atypische Gefahren entnehmen?

Der BVG macht deutlich, dass der Waldbesitzer Waldwege grundsätzlich nicht gegen Gefahren sichern muss, die sich aus der Natur oder der ordnungsgemäß Bemischung ergeben. Danach muss er Totholz nicht beseitigen und auch in der Regel sicherstellen nicht abschneiden lassen, ebenso ist eine Überprüfung der Böden im Waldbestand auf Stand- und Bruchfestigkeit grundsätzlich nicht erforderlich.

Dagegen kann der Waldbesitzer für atypische Gefahren haften, dies z. B. durch Waldtypische Hindernisse wie Wegsperrungen oder nicht gesicherten Holzstapel (Polter) verursacht werden.

Im BVG-Urteil wurde zudem dargestellt, dass „ein normierungsbezogenes Konzept des Haftungsausschlusses für typische Gefahren dem freien Betretungsrecht nach Wald- und Naturschutzrecht zugeordnet liegt“. Was verbirgt sich dahinter?


RA Stephan J. Bultmann, BPS Bultmann PARTNERSCHAFT, Berlin
s.bultmann@bps-recht.de
www.bps-recht.de